

Der Reichstag als Ort der Erinnerung

|| Die Friedensresolution vom 19. Juli 1917

Die Verhüllung des Reichstags durch die Christo-Aktion vor einigen Jahren und die heutige postmoderne Architektur des Reichstagsgebäudes haben die Tatsache, daß der Reichstag ein Ort der Geschichte ist, weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt. Auch in der Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin im Sommer 2004, die aus Anlaß des Kriegsbeginns vor 90 Jahren an den Ersten Weltkrieg erinnerte, spielte der Reichstag als „Ort der Erinnerung“ keine Rolle¹. So wurde beispielsweise die bekannte Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 nicht eigens erwähnt, und die Frage, ob es Alternativen zu dem „Schicksal“ des Kriegs gegeben hat, wie sie Niall Ferguson in seinem Buch „Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert“² aufgeworfen hat, wurde in der Ausstellung nicht gestellt.

Die Bedeutung der Friedensresolution des Reichstags von 1917 besteht darin, daß sich die beiden damaligen deutschen Volksparteien, die Sozialdemokratie und der politische Katholizismus, die in ihren Parteiprogrammen wenig gemeinsam hatten, zu einer gemeinsamen nationalen Aktion gegen die Fortsetzung des Kriegs zusammenfanden und gleichzeitig eine Demokratisierung der deutschen Politik verlangten³. In ihrem Kern waren beide Parteien, SPD und Zentrum, nicht nationalistisch. Ihre jeweilige politische Philosophie war weniger in den nationalen, sondern vielmehr in den europäischen Traditionen verwurzelt. Die Anhänger beider Parteien waren für den Frieden in Europa. Das war der Grund, warum SPD und Zentrum auch zwei Jahre später, im Juni 1919, trotz schwerer Bedenken dem Versailler Vertrag zustimmten. Eine Ablehnung des Versailler Vertrags hätte die Wiederaufnahme der Kriegshandlungen und die Besetzung Deutschlands durch fremde Truppen bedeutet.

Der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger, der die Friedensresolution initiiert und am 11. November 1918 den Waffenstillstand von Compiègne unterzeichnet hatte, setzte sich im Sommer 1919 für die Annahme des Versailler Vertrags ein, weil eine Fortsetzung des Kriegs den Bestand Deutschlands aufs Spiel gesetzt hätte und weil er auf europäische Lösungen vertraute, wie sie einige Jahre später nach dem Abflauen der durch den Krieg aufgeputschten Leidenschaften mit dem Locarno-Vertrag und mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund tatsächlich möglich wurden⁴.

Die Traditionen der parlamentarischen Demokratie, zu denen die Friedensresolution von 1917 zählt, sind im Geschichtsbewußtsein der Deutschen wenig verankert⁵. Die Dominanz der NS-Zeit in der Geschichtspräsentation der Medien hat dazu geführt, daß sich für manche die Vorstellung von der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts auf die NS-Zeit reduziert. Paradoxerweise wurde so das geschichtspolitische Ziel der nationalsozialistischen Propaganda, die demokratischen Traditionen aus der Erinnerung der Deutschen zu verdrängen, mehr oder weniger erfolgreich eingelöst.

Erzbergers Friedensinitiative

Am Morgen des 6. Juli 1917 kam der Haushaltsausschuß des Reichstags zu einer routinemäßigen Sitzung zusammen⁶. Der Krieg war längst ein Wirtschaftskrieg geworden. Am Ende des dritten Kriegsjahres stellte sich die Frage, ob Deutschland ein viertes Kriegsjahr durchstehen werde. Der Leiter des Kriegsernährungsamts Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe informierte die Abgeordneten in langatmigen Ausführungen über die aktuelle und künftige Ernährungslage. Es ging um verkürzte Brot-, Fleisch- und Gemüserationen und die Aussichten für die Getreide- und Kartoffelernte im Herbst. Da man nicht wie im Kohlebergbau Bergleute von der Front in die Heimat zurückrufen könne, erklärte von Batocki-Friebe, müsse die landwirtschaftliche Produktion weiter durch den Einsatz von Frauen und Jugendlichen aufrechterhalten werden. Dennoch bestehe kein Anlaß, „durch übertriebenen Pessimismus die Arbeit der Feinde Deutschlands zu betreiben“.

In diese Situation platzte die Rede des Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger. Er bezweifelte, ob die deutsche Bevölkerung überhaupt noch in der Lage sei, ein viertes Kriegsjahr zu überstehen. Es sei nicht sicher, ob die SPD, seit 1912 die stärkste Fraktion im Reichstag, im Herbst die neue Vorlage der Kriegskredite bewilligen werde. In scharfen Formulierungen hielt Erzberger der Reichsregierung vor, daß sämtliche Hoffnungen auf eine Niederwerfung des Gegners, die man mit der Wiederaufnahme des unbegrenzten U-Boot-Kriegs vor sechs Monaten verbunden hatte, sich als illusionär erwiesen hätten. „Die wunderbare Arbeit unserer U-Boote“, hält das Sitzungsprotokoll fest, „könne nicht erreichen, daß ein Schiff zu uns komme, während 90 Prozent der Schiffe nach England hineinfahren“⁷.

Man setze in Deutschland immer noch auf die Zermürbung des Gegners und auf einen „Unterwerfungsfrieden“. Aber die Analyse der Auslandspresse zeige ein ganz anderes Bild: „Man lebe in Paris und England im allgemeinen so wie bei uns im Winter 1915/16.“ Deshalb müsse man sich realistisch fragen, ob man 1918 einen besseren Frieden erwarten könne als heute. Zwar werde argumentiert, daß man den Krieg „umsonst“ geführt habe, wenn man bei einem Friedensschluß auf Kriegsschädigungen verzichte. Dem sei aber die nüchterne Tatsache entgegenzuhalten,

daß sich die deutsche Schuldenlast im kommenden Kriegsjahr um 50 Milliarden erhöhen werde: „Unser Volk könne eine Zukunft, wie sie ihm unter den gegenwärtigen Verhältnissen bevorstehe, ertragen. Die Weiterführung des Kriegs aber könne zum Ruin führen.“⁸

Die Reichstagsfraktion des katholischen Zentrums wurde parlamentarisch dem Regierungslager zugerechnet, und Erzberger, ihr führender Kopf, galt bis dahin als enger parlamentarischer Vertrauensmann der Regierung Bethmann Hollweg. Um so größer war die Sensation, als jetzt ein führender Parlamentarier des Regierungslagers die deutsche Kriegsführung grundsätzlich in Frage stellte. Bereits am Nachmittag des 6. Juli berichtete die Berliner Presse über den aufsehenerregenden Vorstoß Erzbergers. Das linksliberale „Berliner Tageblatt“ brachte in der Überschrift der Abendausgabe des 7. Juli den Satz: „Der Abgeordnete Erzberger gegen das Regierungssystem“. Über Erzbergers Vorstoß im Hauptausschuß schrieb sie: „Seine Rede war eine Tat.“

Erzbergers Initiative zielte darauf ab, den Reichstag gegen die Fortsetzung der bisherigen Kriegspolitik zu aktivieren. Deutschland war zwar nach der bismarckschen Verfassung von 1871 keine parlamentarische Demokratie wie England, Frankreich und die USA. Aber der Reichstag hatte während des Kriegs erheblich an Bedeutung gewonnen. Regelmäßig wurden die Abgeordneten des Haushaltsausschusses, in dem alle Fraktionen des Reichstags vertreten waren und der inzwischen die Funktion eines Hauptausschusses angenommen hatte, über die Maßnahmen und Pläne der Reichsregierung unterrichtet. Die Protokolle des Hauptausschusses liegen seit 1981 in einer vierbändigen Edition vor.

Parteienübergreifende Verständigung

Erzberger schlug vor, daß sich der Reichstag in einer „riesigen Mehrheit“ zu einer Entschließung zusammenfinde, die einen Verständigungsfrieden mit den Kriegsgegnern unter Verzicht auf die Unterdrückung fremder Völker und die Angliederung fremder Landesteile fordere. Das war eine Absage an den Annexionismus der deutschen Kriegszielpolitik, den Erzberger zum Teil mitgetragen hatte. Die Reichsregierung müsse auf diese Entschließung verpflichtet werden. Natürlich werde es zumal bei den „Alldeutschen“, die auf einen „Siegfrieden“ setzten, erheblichen Widerstand geben. Erzberger erklärte dem Protokoll entsprechend dazu schroff:

„Man möge sich dabei gar nicht um die 25 000 Alldeutschen kümmern, sondern die Leute ruhig verrückt werden lassen. Sanatorien für sie zu bauen, sei viel billiger, als den Krieg noch ein Jahr lang fortzuführen.“⁹

Im Ausland werde Deutschland eine solche Entschließung des Reichstags nicht als Schwäche ausgelegt. Im übrigen sei man, fügte Erzberger lakonisch hinzu, dort

durch die gut funktionierende Spionage über die tatsächliche Lage in Deutschland weitaus besser informiert „als wir selbst“. Erzberger verknüpfte mit der Reichstagsresolution als weitere Konsequenz eine Demokratisierung Deutschlands im Innern. Die bestehende Kluft zwischen Regierung, Parlament und Volk müsse überwunden werden. Damit war auch die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts gemeint. So forderte Erzberger nicht nur eine Abkehr von der bisherigen deutschen Kriegspolitik, sondern eine Änderung der gesamten deutschen Politik, der Außen- wie der Innenpolitik und der Verfassung. Er schloß mit den Worten: „Nie dürfe unser Volk dem Reichstag das grausame Wort entgegenschleudern: ‚Zu spät‘.“¹⁰

Wie elektrisiert reagierten die oppositionellen Sozialdemokraten auf den Vorstoß Erzbergers. Für die SPD-Reichstagsfraktion schloß sich Friedrich Ebert dem Vorschlag Erzbergers sofort an, und er schlug die Errichtung eines Unterausschusses zur Ausarbeitung der Friedensresolution vor. Nach der Sitzung des Plenums des Reichstags am Nachmittag desselben Tages fanden sich Abgeordnete mehrerer Reichstagsfraktionen zusammen, um das gemeinsame parlamentarische Vorgehen festzulegen. Aus diesen Besprechungen ging der Interfraktionelle Ausschuß hervor, ein Parteienbündnis von SPD, katholischem Zentrum und der linksliberalen Fortschrittspartei, das seitdem bis zum Kriegsende regelmäßig zu gemeinsamen Beratungen über die politische Lage zusammenkam¹¹. Dieses demokratische Parteienbündnis, das im Juli 1917 entstand, war der Vorläufer der späteren Weimarer Koalition, die nach den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 die erste Regierung der Weimarer Republik stellte und die auch die Mehrheit für die Verabschiedung der Weimarer Verfassung durch die Nationalversammlung im Juli 1919 bildete¹².

Bei der Fortsetzung der Verhandlungen des Hauptausschusses am Morgen des 7. Juli 1917 war der größte Sitzungssaal des Reichstags mit 300 Personen überfüllt¹³. Offiziell galten die Verhandlungen als vertraulich, aber die Vertraulichkeit war praktisch nicht sicherzustellen. Nachdem bereits am Vortag der Staatssekretär des Äußeren, Arthur Zimmermann, und der Staatssekretär des Innern, Karl Helfferich, versucht hatten, Erzbergers Kritik an dem Versagen der Reichsregierung abzuwehren, setzten an diesem Samstagmorgen der preußische Kriegsminister Hermann von Stein, der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Eduard von Capelle und erneut Helfferich die Verteidigungslinie der Regierung fort. Von Stein äußerte sich gelassen über die deutschen Kriegsaussichten:

„Mit völliger Sicherheit können wir erst dann auf ein Einlenken unserer Feinde rechnen, wenn ihre Lebensbedingungen vor der Zerstörung stehen. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, ob im Herbst, im Winter oder im nächsten Frühjahr kann niemand mit Gewißheit angeben. Sicher ist mir nur, daß wir imstande sind, den Erfolg in Ruhe abzuwarten. Unsere Lage ist militärisch sicher und wird gesichert bleiben. ... Es gilt nur, bei uns und unseren Verbündeten die Geschlossenheit im Innern zu stärken und den Willen zum Durchhalten wachzuhalten.“¹⁴

In der anschließenden Debatte ergriff Erzberger erneut das Wort. Er zeigte sich von den Argumenten der Regierungsvertreter wenig beeindruckt:

„Nachdem wesentliche Hoffnungen, wenn nicht gar Zusagen, die für die Stellungnahme von Abgeordneten und Fraktionen in der U-Boot-Sache entscheidend gewesen seien, nicht in Erfüllung gegangen seien, sei es die Pflicht und Schuldigkeit der Volksvertreter, zu fragen, wo der Irrtum gelegen habe.“

Sein Vertrauen in die Staatssekretäre sei erschüttert. Daran änderten auch „die erregten Ausführungen des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamts“ nichts¹⁵. Von den Abgeordneten sprachen Philipp Scheidemann für die SPD, Kuno von Westarp für die Deutsch-Konservativen, Georg Gothein für die Fortschrittler, Heinrich zu Schoenaich-Carolath für die Nationalliberalen, Fritz Warmuth für die konservative Deutsche Fraktion und Wilhelm Dittmann für die linkssozialistische USPD, die sich von der SPD abgespalten hatte.

Argumente für eine Friedensresolution

Die deutsche Regierung, erklärte Scheidemann, habe die Stärke der gegnerischen Seite völlig falsch eingeschätzt. Wer die gegenwärtige Situation realistisch betrachte, könne nur zu dem Ergebnis kommen, „daß es ganz unmöglich sei, durch eine militärische Entscheidung ein Ende des Kriegs herbeizuführen. Die Not und Verzweiflung im Volke sei grenzenlos geworden.“¹⁶ Es bleibe nichts anderes übrig als eine Verständigung mit den bisherigen Kriegsgegnern. Man solle nicht aus einem falsch verstandenen Patriotismus über die Dinge hinwegtäuschen:

„Einen vierten Kriegswinter halte das deutsche Volk nicht mehr aus, und alle Rederei vom Aushalten, vom Durchhalten, vom Zähnezusammenbeißen und dergleichen seien eben nur Redensarten. Das Volk habe zwei Jahre, drei Jahre ausgehalten, aber wenn jetzt die Leute jeden Tag hundertweise vor Hunger in den Fabriken zusammenbrechen, wenn man die Kinder barfuß laufen lassen müsse, weil kein Schuhwerk zu bekommen sei, wenn man keine Kleider mehr bekomme, wenn schließlich das Rohmaterial für die Munition fehle, dann gebiete der Verstand zu sagen, wir müssen zu einem Schluß kommen.“¹⁷

Deutschland müsse offen vor aller Welt erklären, daß man zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen bereit sei. Scheidemann hatte diese Forderung bereits in einer Reichstagsrede am 15. Mai 1917 erhoben. Scheidemanns Mai-Rede hatte unter dem Eindruck zweier jüngster weltpolitischer Ereignisse gestanden: der russischen Februarrevolution und dem Kriegseintritt der USA unter Präsident Woodrow Wilson im April; damals hatte er vor dem möglichen Ausbruch einer Revolution auch in Deutschland gewarnt. Im Hauptausschuß wies Scheidemann jetzt darauf hin, daß die Wirkung einer solchen Friedensresolution des Reichstags auf die Stimmung der deutschen Bevölkerung nicht unterschätzt werden dürfe. Wenn es bereits in verschiedenen Städten zu Streiks gekommen sei, so hätten die Streikenden damit zum Ausdruck bringen wollen, „wie sie die alldeutsche Agita-

tion einschätzen und daß sie unter keinen Umständen einen Krieg weiterführen wollen, dessen Ziel die Vergewaltigung irgendeines anderen Volkes sei“. Der ganze Reichstag müsse sich geschlossen hinter die Friedensresolution stellen:

„Wer nicht mitmacht, bekennt vor der ganzen Welt, daß er mit der Zukunft des deutschen Volkes spielt. Mit diesen Männern werde das deutsche Volk abrechnen.“¹⁸

Für die linksliberalen Fortschrittler unterstützte Gothein den Vorstoß Erzbergers. Er betonte, daß sowohl das Heer wie das Volk den Frieden wollten¹⁹. Dittmann als Sprecher der USPD mokierte sich über Erzbergers Abkehr von früheren annexionistischen Äußerungen. Er habe offensichtlich eingesehen, daß die Trauben zu sauer seien. Für die USPD, die die Bewilligung der Kriegskredite grundsätzlich ablehnte, war die Lage klar: „Der Krieg selber könne keine Entscheidung mehr bringen“, erklärte Dittmann. „Er habe sich selbst besiegt. Der Militarismus erlebe seinen völligen Zusammenbruch.“²⁰

Verfechter eines Siegfriedens

Die Aussprache zeigte, daß keineswegs alle Fraktionen des Reichstags bereit waren, der Forderung nach einer Beendigung des Kriegs zuzustimmen und sich der Initiative für eine Friedensresolution anzuschließen. Seit jenen Julitagen des Jahres 1917 ging ein Riß durch die öffentliche Meinung Deutschlands. Der sogenannte „Burgfrieden“ von 1914, den Kaiser Wilhelm II. auf die Formel gebracht hatte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, zerbrach im Juli 1917. Fortan standen sich die Anhänger eines Verständigungsfriedens, die sich in dem „Volksbund für Frieden und Freiheit“ zusammenfanden, und die Anhänger eines Siegfriedens, die für ihre Agitation die neue überparteiliche „Vaterlandspartei“ gründeten, in Deutschland unversöhnlich gegenüber. Am 11. November 1918 besiegelte der Waffenstillstand von Compiègne die deutsche Niederlage, die für viele unerwartet kam. Aus der unerwarteten und auch später noch unverarbeiteten Niederlage sollte ein Trauma entstehen, das bis in die Weimarer Republik nachwirkte und das sich später die Nationalsozialisten zunutze machen konnten.

Für einen Siegfrieden hatte sich in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 7. Juli der Sprecher der Konservativen von Westarp stark gemacht²¹. Er brandmarkte den Vorstoß Erzbergers als „ein Verbrechen am Vaterlande“. „Trotz der Vertraulichkeit der Verhandlungen“, hält das Protokoll aus der Rede von Westarps fest, „hätte man gestern schon in den ersten Nachmittagsstunden in den Kreisen des politisch interessierten Berlin die Vorgänge im Ausschusse gekannt, und in Paris und London werde heute jedermann sagen, auch der Abgeordnete Erzberger sei nun denen beigetreten, die wie die Sozialdemokraten behaupten, Deutschland könne in diesem Kriege militärische Erfolge nicht mehr erzielen“²². Da Erzberger

durch seine bisherige Pressearbeit im Ausland als ein führender Mann der Regierung bekannt sei, werde der Vorstoß seine Wirkung dort nicht verfehlen.

Für die Konservativen lehnte von Westarp eine Debatte im Plenum des Reichstags über eine Friedensresolution ab. Deutschland sei keineswegs militärisch am Ende. Auf einen Zwischenruf: „Wir siegen uns tot“, antwortete Westarp: „Lieber totsiegen als feige unterliegen.“ Er bejahte die Frage, ob der Krieg, wenn er noch ein weiteres Jahr fortgesetzt werden müsse, weitere militärische Erfolge bringen werde. Das ungünstige Bild, das von der Stimmung im Volk und seiner Niedergeschlagenheit gezeichnet werde, sei falsch. Von Westarp forderte, gegen die Stimmung der Niedergeschlagenheit anzukämpfen und „Hingabe, Entschlossenheit und Mut“ in der Bevölkerung zu wecken: „Das Volk müsse zu neuer Kriegsbegeisterung hingegrissen werden; das Friedensgeflenne könne zu nichts helfen.“ Vielmehr müsse das Volk über die wirkliche militärische Lage richtig aufgeklärt werden²³.

Scheidemann habe bereits das Gespenst der Revolution an die Wand gemalt. Aber die jüngsten Unruhen in Oberschlesien, im Rheinland und in Westfalen, führte von Westarp aus, seien keine politischen Bewegungen, sondern lediglich normale Streiks gewesen. Die von Erzberger initiierte Friedensresolution werde keineswegs nur von 25 000 Alldeutschen abgelehnt. Seine eigene Partei, die Konservativen lehne sie jedenfalls entschieden ab. Auch die Nationalliberalen würden ihr nicht zustimmen. Es sei nicht einmal sicher, ob Erzbergers eigene Partei, das Zentrum, dahinterstünde: „Das seien weite Teile des Landes, ja der überwiegende Teil des deutschen Volkes.“ Tatsächlich gingen die Nationalliberalen, die sich ebenso wie die Konservativen und das Zentrum als Regierungspartei verstanden, in dieser Debatte behutsam auf Distanz zu Erzberger.

„Frage man die Mütter und Frauen, die Angehörige im Kriege verloren haben“, führte von Westarp aus, „ob der lange Krieg umsonst geführt sein soll, ob der Krieg keine Folgen für Deutschland haben solle als die ungeheuren Lasten, die er herbeigeführt habe“, so werde das niemand bejahen: „Die Mehrheit des deutschen Volkes aber will die Erfolge des Kriegs nicht preisgeben.“²⁴

Am Schluß des zweiten Sitzungstags sprach Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vor dem Ausschuß²⁵. Es war offensichtlich, daß die Debatte eine Regierungskrise ausgelöst hatte, in deren Mittelpunkt die Person des Kanzlers stand. Das lenkte allerdings von dem eigentlichen Anlaß der Krise und von der geplanten Friedensresolution ab. Als der Hauptausschuß zwei Tage später, am Montag den 9. Juli, erneut zusammentrat, überlagerte die Regierungskrise bereits völlig die Debatte über die Friedensresolution²⁶. Die Nationalliberalen unter Gustav Stresemann drängten auf den Sturz des Kanzlers. Bethmann Hollweg gab eine Art Regierungserklärung ab, in der er seine bisherige Politik eines „Ausgleichs“ zwischen den gegnerischen innerdeutschen Lagern zu rechtfertigen suchte. Vier Tage später, am 13. Juli, trat Bethmann Hollweg zurück.

Annahme der Friedensresolution

Am 19. Juli lag dem Reichstag der von dem Interfraktionellen Ausschuss ausgearbeitete Text der Friedensresolution vor. Sie wurde von dem Zentrumsabgeordneten und Freiburger Rechtsanwalt Constantin Fehrenbach im Namen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei eingebracht. Unter dem Beifall der Abgeordneten der drei Fraktionen erklärte Fehrenbach am Schluß seiner Rede:

„Drei volle Jahre wütet der fürchterlichste aller Kriege. Unendliche Werte werden Tag für Tag vernichtet, Städte und Länder werden in Wüsteneien verwandelt ... Die Völker richten sich in dem Kostbarsten, was sie haben, in dem Menschengut, zugrunde, und deshalb erhebt sich an der Schwelle des vierten Kriegsjahres die furchtbare Gewissensfrage, die alle Völker gleichmäßig an sich zu richten haben: Soll dieses Wüten auch noch ein viertes Jahr dauern? Wir haben vor unserem Gewissen und vor Gott uns verpflichtet erachtet, diesem Elend, soweit das an uns liegt, ein Ende zu machen.“²⁷

Die Friedensresolution wurde mit 212 Ja-, 126 Neinstimmen und 17 Enthaltungen angenommen. Nach einigem Zögern hatte sich schließlich auch die Mehrheit der Zentrumsfraktion hinter den Vorstoß ihres Fraktionskollegen Erzbergers gestellt und der Friedensresolution zugestimmt. Das war nicht selbstverständlich. Empört schrieb der Düsseldorfer Rechtsanwalt und Zentrumsabgeordnete im preußischen Landtag Lambert Brockmann in der Ausgabe der Berliner Wochenzeitung „Der Tag“ vom 19. Juli:

„Daß aber Erzberger das Zentrum dahin gebracht hat, daß die sozialdemokratischen Zeitungen und Redner sich jetzt durch die Lande auf Erzberger als ihren Kronzeugen für ihre innere und äußere Politik berufen dürfen, daß die Zentrumsfraktion des Reichstags jetzt Arm in Arm mit den Sozialdemokraten und mit den Männern des ‚Berliner Tageblattes‘ und der ‚Frankfurter Zeitung‘ vor Deutschland und der ganzen Welt aufmarschiert, das werden die deutschen Zentrumsleute und darüber hinaus die deutschen Katholiken dem Abgeordneten Erzberger nicht vergessen.“²⁸

Tatsächlich bedeutete das Zustandekommen der Friedensresolution einen ebenso gravierenden wie nachhaltigen Umbruch in der deutschen Parteienkonstellation. In den internen Besprechungen des Interfraktionellen Ausschusses sah man die Regierungskrise als Systemkrise. Vor allem die Sozialdemokraten drängten auf einen Systemwechsel durch die Parlamentarisierung der Reichsregierung. Das wäre in der Tat die notwendige politische Konsequenz gewesen, um die Friedensresolution politisch durchzusetzen. Der neue Reichskanzler und die Reichsregierung mußten auf die Friedensresolution verpflichtet werden. Doch die Parlamentarisierung der Regierung scheiterte an den bestehenden Machtverhältnissen. Zur allgemeinen Verblüffung wurde ein bis dahin völlig unbekannter Regierungsbeamter, der bisherige preußische Ernährungskommissar Georg Michaelis zum Kanzler ernannt. Er konnte sich nur wenige Monate halten. Die Regierungsumbildung unter Michaelis führte übrigens dazu, daß der Kölner Oberbürgermeister Max Wallfrat zum Staats-

sekretär des Innern ernannt wurde. Als dessen Nachfolger in Köln wurde Konrad Adenauer gewählt, der damals mit 41 Jahren fast gleichaltrig mit seinem 42jährigen Parteifreund Erzberger war.

Die Friedensresolution war bereits politisch gescheitert, bevor sie von einer breiten Mehrheit des Reichstags beschlossen wurde. Sie wurde nie ein Maßstab des Regierungshandelns. Trotz dieses Scheiterns ist das Zustandekommen der Friedensresolution ein entscheidendes Ereignis in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Mitten im Krieg sprach die Mehrheit des Reichstags die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes aus. Etwas Ähnliches hat es in keinem anderen der kriegführenden Länder gegeben. Die Friedensresolution scheiterte vor allem an der unnachgiebigen Haltung der Obersten Heeresleitung, die bis zum Sommer 1918 weiter auf einen Siegfrieden setzte. Obwohl die USA im April 1917 auf der Seite der deutschen Kriegsgegner in den Krieg eingetreten waren, wurde die Gefahr eines Einsatzes amerikanischer Kräfte in Europa von der Obersten Heeresleitung als gering eingeschätzt.

Deutschland auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie

In jenen kritischen Tagen im Juli 1917 hatten sich Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff gleich zweimal in Berlin eingefunden, um auf die politischen Vorgänge Einfluß zunehmen. Anders als in Frankreich, England und den USA entzogen sich die deutschen Militärs weitgehend der Kontrolle der politischen Führung. Man sprach im Interfraktionellen Ausschuß ganz offen von einer Militärdiktatur. Erst als im August 1918 die amerikanischen Panzertruppen in Frankreich die deutschen Stellungen durchbrachen, gab die Oberste Heeresleitung auf. Sie drängte jetzt, als der Krieg verloren war, die Politiker zu einem Waffenstillstand. Das Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten Wilson ging heraus. In dem Notenwechsel, der sich daran anschloß, forderte Wilson mehr oder weniger verklausuliert die Abdankung Kaiser Wilhelms II. Im Oktober 1918 kam schließlich auch noch die von der Reichstagsmehrheit geforderte Parlamentarisierung der Reichsregierung zustande. Vertreter des Zentrums, der Fortschrittler und erstmals auch der Sozialdemokraten traten in die neue Reichsregierung unter Max von Baden ein. Die parlamentarische Verantwortung der Reichsregierung wurde als Reichsgesetz beschlossen. Deutschland war noch im Kaiserreich und vor der Revolution vom November 1918 eine parlamentarische Demokratie geworden.

Die historische Leistung der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution ist darin zu sehen, daß sie die Demokratisierung der Politik in Deutschland einleitete. Der Krieg konnte erst ein Jahr später – nach der Niederlage – beendet werden. Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 11. November 1918 in Compiègne trat Deutschland als besiegt Land in die bevorstehenden Friedensverhandlungen. Das

ganze Dilemma der Verhandlungen der siegreichen Alliierten auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 mit dem jetzt demokratisch gewordenen Deutschland hat Margaret MacMillan in ihrem Buch „Peacemakers. Six Months that Changed the World“²⁹ eindrucksvoll beschrieben. Als die parlamentarische Entscheidung über die Annahme des Versailler Vertrags im Juni 1919 in Weimar anstand, fand sich nur eine knappe Mehrheit sozialdemokratischer und katholischer Abgeordneter, die mit dem Mut der Verzweiflung ihre Zustimmung zum Versailler Vertrag gaben. Es waren jene beiden Parteien, die im Kaiserreich als sogenannte „Reichsfeinde“ mit Ausnahmegesetzen verfolgt worden waren.

Führende Persönlichkeiten der Reichtagsmehrheit von 1917 wurden später von der nationalen Rechten in Deutschland als „Novemberverbrecher“ verurteilt. Reichsfinanzminister Erzberger kam 1921 bei einem Attentat ums Leben. Scheidemann, von Februar bis Juni 1919 Ministerpräsident der Reichsregierung, entging einem ähnlichen Attentat nur knapp. 1933 ging Scheidemann in die Emigration. Er starb 1939 in Kopenhagen. Die Nationalsozialisten hatten ihm die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Bis heute finden sich im Gebäude des Reichstags keine Porträts der Reichstagsabgeordneten Erzberger und Scheidemann, die eine entscheidende Rolle bei dem Zustandekommen der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 gespielt hatten.

ANMERKUNGEN

¹ Der Weltkrieg 1914–1918. Ereignis u. Erinnerung. Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin vom 13. Mai bis 15. August 2004. In seinem Beitrag über den Reichstag als „Ort der Erinnerung“ weist Bernd Roeck darauf hin, daß erst während des Kriegs, am Vorweihnachtstag des Jahres 1916, am Giebel des Reichstagsportals die Inschrift „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ angebracht wurde: vgl. B. Roeck, Der Reichstag, in: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, hg. v. E. François u. H. Schulze (München 2001) 138–155.

² N. Ferguson, Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg u. das 20. Jahrhundert (Stuttgart 1999).

³ Zur Entstehung und Bedeutung der Friedensresolution vgl. H. A. Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik (München 2000) 348–355; Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor Demokratie (München 1995) 832–858 (Der Aufstieg des Reichstags bis zum Sommer 1918); W. Carr, A History of Germany 1815–1990 (London 1991) 225–228; W. Ribhegge, Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichtagsmehrheit 1917/18 (Essen 1988) 182–199 (Die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917: Verständigungsfrieden).

⁴ K. Epstein, Matthias Erzberger u. das Dilemma der deutschen Demokratie (Frankfurt 1976).

⁵ W. Ribhegge, Das Grundgesetz in der deutschen Verfassungstradition: 1849 – 1919 – 1949 – 1989, in: Geschichte, Politik u. ihre Didaktik. Zeitschrift für historisch-politische Bildung 28 (2000) H. 2, 90–102.

⁶ Der Hauptausschuß des deutschen Reichstags 1915–1918, hg. v. R. Schiffers u. a., Bd. 3 (Düsseldorf 1981) 1519–1537 (Sitzung vom 6. Juli 1917).

⁷ Ebd. 1529.

⁸ Ebd. 1527.

⁹ Ebd. 1528.

¹⁰ Ebd. 1529.

¹¹ Die Sitzungsprotokolle sind ediert in: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, 2 Bde., hg. v. E. Matthias u. R. Morsey (Düsseldorf 1959).

- ¹² W. Ribhegge, *Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18* (Berlin 1988); A. Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, hg. v. K. Kersten (Frankfurt 1961).
- ¹³ Hauptausschuß des deutschen Reichstags 1915–1918, Bd. 3 (A. 6) 1537–1574 (Sitzung vom 7. Juli 1917).
- ¹⁴ Ebd. 1538.
- ¹⁵ Ebd. 1541f.
- ¹⁶ Ebd. 1548.
- ¹⁷ Ebd. 1549.
- ¹⁸ Ebd. 1551f.
- ¹⁹ Ebd. 1560–1564.
- ²⁰ Ebd. 1573f.
- ²¹ Ebd. 1553–1560.
- ²² Ebd. 1553.
- ²³ Ebd. 1556.
- ²⁴ Ebd. 1558.
- ²⁵ Ebd. 1565–1570.
- ²⁶ Ebd. 1575–1619.
- ²⁷ *Deutsche Parlamentsdebatten*, 3 Bde., hg. v. E. Jäckel, D. Junker u. A. Kuhn (Frankfurt 1970/71), Bd. 1: 1871–1918, 211–271 (Friedensresolution u. demokratischer Fortschritt, Debatte v. 19. Juli 1917), 233.
- ²⁸ Zur politischen Haltung des deutschen Katholizismus im Ersten Weltkrieg und beim Übergang zur Weimarer Demokratie vgl. W. Ribhegge, *Katholische Kirche, nationaler Staat u. Demokratie. Zur Rolle des Moraltheologen Joseph Mausbachs (1860–1931) in der deutschen Öffentlichkeit des Kaiserreichs u. der Weimarer Republik*, in: *WestZs* 148 (1998), 171–198. – Zur Haltung der Sozialdemokratie vgl. W. Ribhegge, *Die Entstehung der Weimarer Republik. Philipp Scheidemann u. die Politik der SPD am Ausgang des Ersten Weltkriegs*, in: *Anwalt des Rechtsstaats*, hg. v. F. J. Düwell (FS D. Posser, Köln 1997) 269–295.
- ²⁹ M. MacMillan, *Peacemakers. Six Months that Changed the World* (London 2002).